

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP): Interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler in der Schule

Die Heterogenität der Schule nimmt zu: Der Anteil an fremdsprachigen Kindern beträgt in den städtischen Schulen durchschnittlich 35%, in den Kindergärten rund 40%, wobei in den einzelnen Quartieren sehr unterschiedliche Verhältnisse herrschen. Heterogenität birgt auch Konfliktpotenzial: Interkulturelle Konflikte in der Pause, im Unterricht, an Elternabenden und Schulreisen bzw. Klassenlagern gehören immer mehr zu den Alltagserfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern. Sie stellen alle Beteiligten vor Herausforderungen, auf die sie nicht ausreichend vorbereitet sind.

Die Stadt hat die etappenweise Institutionalisierung der Sozialarbeit in den Schulen beschlossen. In der Auseinandersetzung mit interkulturellen Konflikten stossen die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter vielfach an ihre Grenzen, da ihnen häufig die notwendigen profunden Kenntnisse der andern Kulturen und Sprachen fehlen.

Zu ihrer Unterstützung benötigt es speziell ausgebildete interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler. Da sie selbst Migrantinnen und Migranten sind, verfügen sie über die notwendigen Kenntnisse der anderen Kultur wie auch der Sprache. Idealerweise weisen sie zusätzlich eine (sozial)pädagogische Ausbildung auf. Die Finanzierung ihrer Ausbildung ist gesichert.

Sie begleiten die Eltern zu Gesprächen mit den Lehrkräften, sind bei Laufbahnentscheiden anwesend, informieren bei Bedarf über das Schulsystem und übersetzen bei Elternabenden. Sie beraten die Lehrkräfte beispielsweise bei Fragen betreffend Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an Klassenlagern und Schulsport; wenn sich die Eltern aus kulturellen Gründen gegen eine Teilnahme aussprechen. Die Aufzählung der Tätigkeiten ist nicht abschliessend. Diese Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern. Die Arbeit der interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittler soll in der Stadt Bern institutionalisiert werden.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Erarbeitung eines Konzepts über den Einsatz von interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern in den städtischen Schulen;
2. Bereitstellung der nötigen personellen und finanziellen Ressourcen.

Bern, 17. Juni 2004

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz, SP), Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärer, Margrith Beyeler-Graf, Walter Christen, Andreas Krummen, Raymond Anliker, Beat Zobrist, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Béatrice Stucki, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Peter Blaser, Guglielmo Grossi, Christian Michel, Rosmarie Okle Zimmermann, Markus Lüthi, Margrit Stucki-Mäder, Liselotte Lüscher

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich der Problematik bewusst, die mit der Motion angesprochen wird. Die bestehenden Angebote für die Integration fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler müssen

optimiert und bedarfsgerecht ergänzt werden. Dazu gehört der Einsatz von Kulturvermittlerinnen und -vermittlern. Diese sollen die Kommunikation zwischen der Schule und den Eltern der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler unterstützen und den Eltern dadurch die aktive Elternmitarbeit ermöglichen oder erleichtern.

Der Gemeinderat hat in seiner Bildungsstrategie 2004-2008 Handlungsfelder und Massnahmen bestimmt. Im Handlungsfeld Kommunikation und Information steht eine Massnahme „Kommunikation zwischen Volksschule und fremdsprachigen Eltern“ in Planung. Die Umsetzung soll im Jahr 2006 gestartet werden. Er ist bereit, das Anliegen der Motion im Rahmen dieser Planung zu prüfen. Um dem Ergebnis der Abklärungen nicht vorzugreifen, lehnt er das Begehren in Form der Motion ab, ist jedoch bereit, es als Postulat entgegenzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 15. Dezember 2004

Der Gemeinderat